



Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

Haushalts- und Finanzausschuss

Niederschrift

über die 30. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 13.01.2014 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Dirk Hohlfeld

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Gertraud Rocher
Herr Helmut Barthel
Frau Katja Grassmann
Herr Hans-Jürgen Akuloff
Herr Dirk Steinhausen
Herr Wilfried Käthe
Herr Dr. Gerhard Kalinka

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Bärbel Laue
Herr Christoph Schulze

Verwaltung

Herr Dieter Albrecht
Frau Grit Pieper

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:50 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung

- | | | |
|----|--|----------------|
| 2 | Einwohnerfragestunde | |
| 3 | Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 18.11.2013 | |
| 4 | Anfragen der Abgeordneten | |
| 5 | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 6 | Antrag der CDU-Kreistagsfraktion TF zur Haushaltssatzung/zum Haushaltssicherungskonzept 2014 | 4-1665/13-KT/1 |
| 7 | Haushaltssatzung 2014 | 4-1705/13-I |
| 8 | Haushaltssicherungskonzept 2014 | 4-1706/13-I |
| 9 | Jahresabschluss 2012 - Rettungsdienst Eigenbetrieb Landkreis Teltow-Fläming - Kenntnisnahme - | 4-1680/13-III |
| 10 | Ausübung Kaufoption für den Erwerb des Kreishauses | 4-1781/13-LR/1 |
| 11 | Genehmigung des Abschlusses einer rechtsanwaltlichen Vergütungsvereinbarung | 4-1782/13-LR |
| 12 | Stellungnahme der Verwaltung zu den Fragen aus den Beratungen der Arbeitskreise mit den Bürgermeistern und aus darüber hinaus gehenden Besprechungen | 4-1803/14-LR |
| | - Arbeitskreis zur Personal- und Strukturentwicklung | |
| | - Arbeitskreis Haushaltssicherungskonzept 2014 – Dezernat II | |
| | - Arbeitskreis Haushaltsplan 2014 | |
| | - Weitere Besprechungen | |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|----|---------------------------------|--------------|
| 13 | Bewilligung einer Dienstbarkeit | 4-1753/13-IV |
|----|---------------------------------|--------------|

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Hohlfeld begrüßt die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses und die Gäste zur öffentlichen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses sehr herzlich. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Die Informationsvorlage 4-1803/14-LR - Stellungnahme der Verwaltung zu den Fragen aus den Beratungen der Arbeitskreise mit den Bürgermeistern und aus darüber hinaus gehenden Besprechungen wird zusätzlich als TOP 12 aufgenommen.

Die Tagesordnungspunkte 7 Haushaltssatzung 2014 und 8 Haushaltssicherungskonzept 2014 sowie die Informationsvorlage 4-1803/14-LR werden zusammengefasst. Den eingeladenen Bürgermeistern, dem Amtsdirektor und den Vertretern der Gemeinden des Landkreises wird zu diesen Tagesordnungspunkten Rederecht erteilt.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 2

Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

TOP 3

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 18.11.2013

Es gibt keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 18.11.2013. Diese gilt damit als angenommen.

TOP 4

Anfragen der Abgeordneten

Frau Grassmann fragt nach dem Quartalsbericht IV 2013.

Frau Wache avisiert den 03.02.2014.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Wehlan setzt die Abgeordneten darüber in Kenntnis, dass krankheitsbedingt Frau Spalek als Vertretung für den Bereich Dezernat I/Kämmerei und Frau Wache als die fachliche Vertretung von Frau Pieper benannt wurden.

TOP 6

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion TF zur Haushaltssatzung/zum Haushaltssicherungskonzept 2014 4-1665/13-KT/1)

Es besteht Einigkeit darüber, diesen Antrag dem Kreistag vorzulegen.

TOP 7

Haushaltssatzung 2014

(4-1705/13-I)

TOP 8

Haushaltssicherungskonzept 2014

(4-1706/13-I)

Frau Wehlan hebt die engagierte Arbeitsweise der Bürgermeister hervor, so beispielsweise bei der Kinderbetreuung, zu Personal- und Strukturentwicklungen, zum

Haushaltssicherungskonzept 2014 und auch zum Haushaltsplan 2014. Sie erläutert ausführlich den Sachstand hinsichtlich des zu beachtenden Runderlasses vom Ministerium.

Herr Barthel bemängelt den fehlenden strategischen Ansatz des Haushaltssicherungskonzeptes, da nicht erkennbar ist, wie die Fehlbeträge bis zum Endtermin abgebaut werden sollen. Er möchte eine Zusammenfassung der Arbeitsgruppenleiter/-sprecher hinsichtlich der Konzentration, der Arbeitsschwerpunkte über 2014 hinaus und der strategischen Ansätze.

Herr Gerhard lobt die Art der Zusammenarbeit und die Qualität. Aus Sicht der Stadt Ludwigfelde sind Plausibilitätsprobleme bei der Personalkostenerhöhung und die Auflösung der Sonderposten vorhanden.

Der Konsolidierungsdruck ist nicht gesunken, da die Höhe der Kreisumlage auch die gute wirtschaftliche Lage in den Kommunen repliziert. Sofern eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage eintritt, wird auch die Kreisumlage durch den prozentualen Anteil sinken. Das derzeitige Zinstief wirkt sich auf die Höhe der Investitionskredite und Kassenkredite aus. Die aufgelaufenen Fehlbeträge, die sich in den Kassenkrediten widerspiegeln, müssen abgebaut werden. Der Haushaltsüberschuss 2013 bedeutet somit nicht, dass der Konsolidierungsdruck sich verringert.

Das neue Haushaltssicherungskonzept ist ein erster Ansatz, wie die Haushaltssanierung gestaltet werden kann. An dem strategischen Ansatz insgesamt muss noch gearbeitet werden.

Frau Hollstein spricht ebenfalls ihren Dank für die Stadt Zossen aus. Sie hebt die konstruktiven Beratungen hervor. Derzeit alles in Frage und somit auf den Prüfstand zu stellen, hält sie für den richtigen Ansatz.

Frau Herzog von der Heide hebt die gelungene Darstellung des leichten Überschusses hervor. Es ist ein gutes Arbeitspapier, aber im Laufe des Jahres 2014 müssen noch Veredelungen vorgenommen werden, um genau diese Überschüsse zu erwirken. Das Aufzeigen ist das eine, die Umsetzung das andere. Von den Kommunen können nur Anregungen kommen, die Aufgabenlösung obliegt dem Landkreis bzw. der Landrätin. Frau Herzog von der Heide hält den eingeschlagenen Weg für den richtigen.

Frau Wache erläutert, dass nach Rücksprache mit dem Ministerium bezüglich des Haushaltssicherungskonzeptes Planzahlen für 2013 angenommen wurden, um hinsichtlich des Jahresabschlusses keine Lücke zu erhalten. Die Abrechnung der Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes erfolgt in 2014.

Herr Steinhausen wünscht sich eine Darstellung der effektiv abgerufenen Mittel in den einzelnen Haushaltspositionen.

Eine Aufstellung wird den Mitgliedern per Mail übersandt.

Herr Barthel bemängelt, dass die IST-Zahlen des Jahres 2012 im Haushaltssicherungskonzept nicht konsequent enthalten sind, gleiches gilt für die Haushaltssatzung. In vielen Positionen sind noch die Planansätze 2012 enthalten und führt den Vorbericht zum Haushalt an.

Die Verwaltung prüft, ob es möglich ist, das Zahlenwerk an die IST-Zahlen 2012 anzupassen. Eine diesbezügliche Information wird den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses bis Ende der Woche per Mail zugesandt.

Herr Steinhausen möchte wissen, warum hinsichtlich des Stellenplanes eher eine Zurückhaltung zu verzeichnen ist. Lt. PWC-Gutachten ist eine Reduzierung innerhalb von 5 Jahren um 20 % vorgeschlagen worden.

Frau Wehlan verweist auf die Informationsvorlage. Was die Personalentwicklung und die Stellenbedarfsplanung angeht, gab es Plausibilitätsprobleme, was nachbereitet wurde. Der Kreistag hat beschlossen, dass das PWC-Gutachten bezüglich der Aufgabenkritik zur Grundlage gelegt wird. Der Arbeitsstand stellt uns nicht zufrieden, aber im Haushaltssicherungskonzept haben wir uns verpflichtet bis Ende 2014 ein Personalentwicklungskonzept zu erstellen. Im Rahmen dieses Personalentwicklungskonzeptes prüfen wir, wo Stellenanteile anders zugeordnet werden können und wo die altersbedingte Entwicklung der Kreisverwaltung genutzt wird. Frau Wehlan erläutert umfassend.

Herr Barthel erfragt den Stand der Evaluierung der Zielvereinbarung mit den Gesellschaften, die in das Haushaltssicherungskonzept einfließen müssten. Der Schullastenausgleich betrifft ca. 1,5 – 2 Punkte der Kreisumlage. Gibt es hierzu in Absprache mit den Bürgermeistern neue Impulse? Es gab Diskussionen zum Haushalt 2013, ob innerhalb der kommunalen Familie Aufgaben umverteilt werden könnten.

Frau Wehlan führt aus, dass nicht mit allen Gesellschaften Zielvereinbarungen abgeschlossen wurden. Das soll sich aber ändern als Anspruch formuliert mit deutlichen Signalen zur Entlastung des Kreishaushaltes. Frau Wehlan erläutert umfassend.

Herr Bührendt erklärt, dass in der Arbeitsgruppe mit den Bürgermeistern am 16.01. der Schullastenausgleich thematisiert wird. Die Verwaltung hatte hierzu Ende 2013 eine Übersicht der einzelnen Kosten erstellt, die von den Gemeinden abgefordert werden. Derzeit können aber noch keine Pauschalbeträge bzw. Kennziffern angesetzt werden. Herr Bührendt informiert umfassend. So sind beispielsweise die großen Kostenblöcke auch von der sachlichen Gegebenheit abhängig, wohingegen die kleineren Kostenblöcke eher steuerbar sind, so beispielsweise Lehrmaterialien etc.

Herr Steinhausen stellt fest, dass einige Wirtschaftspläne der Gesellschaften des Landkreises nicht Bestandteil des Haushaltes sind. So fehlen beispielsweise die Wirtschaftspläne der GAG, LUBA, SWFG und Schönhagen.

Frau Wehlan konkretisiert, dass nicht alle Wirtschaftspläne in zeitlicher Nähe der von uns erstellten Dokumente eingereicht wurden. Hier besteht unsererseits Handlungsbedarf. Mit einzelnen Geschäftsführern wird hinsichtlich der Formalien eine Klärung herbeigeführt. Die unberücksichtigten Wirtschaftspläne werden eingearbeitet.

Der Stand des Kassenkredites per 31.12.2013 wird auf Nachfrage von Herrn Steinhausen nachgereicht.

Herr Gärtner beantwortet die Frage von Herrn Steinhausen bezüglich der Kreisstraßennetzreduzierung wie folgt: Vom Kreis sind mit den betroffenen Gemeinden Gespräche geführt worden. Nach der Gemeindegebietsreform vertritt der Kreis die Auffassung aufgrund der Änderung der Gemeindegrenzen, dass eine andere Definition gem. § 3 Straßengesetz angesetzt werden muss. Der Süden des Landkreises ist stärker betroffen. Zum 01.01.2014 sind 18 km von insgesamt 80 km tatsächlich umgestuft worden. Für die verbleibenden 62 km besteht noch Gesprächsbedarf, da hier unterschiedliche Auffassungen zur Verkehrsbedeutung und zu den gesetzlichen Kriterien bestehen.

Der Landkreis hat im Gegenzug keinen Kilometer vom Land übernommen. Herr Gärtner erläutert umfassend die Hintergründe.

Frau Grassmann möchte wissen, warum die Wertgrenzen (§ 5) der Haushaltssatzung anders als in den Vorjahren dargestellt sind und ob es vorgesehen ist, eine Senkung des Kassenkredites zu veranlassen.

Die Kämmerei wird beide Sachverhalte prüfen.

Frau Grassmann merkt kritisch an, dass der Vorbericht kein zusammenfassendes Inhaltsverzeichnis beinhaltet und Abweichungsgründe nicht vermerkt sind. Sie gibt den Hinweis Gebührensatzungen auf Aktualität zu überprüfen.

Frau Wehlan verweist bzgl. der 27 Neueinstellungen auf die „Stellungnahme der Verwaltung zu den Fragen aus den Beratungen der Arbeitskreise mit den Bürgermeistern und aus darüber hinaus gehenden Besprechungen“.

Herr Steinhausen erfragt die Laufzeit der Bürgschaften und weist auf die noch ausstehende Schuldenübersicht hin, in der alle Verbindlichkeiten des Landkreises, deren Gründe, Laufzeiten und das entsprechende Kreditinstitut dargestellt sind.

Frau Wehlan antwortet, dass es hier einen aktuellen Sachstand gibt. Die Zahlungsverpflichtungen haben sich geändert. Hier erfolgt eine Nachbearbeitung durch die Verwaltung.

TOP 12

Stellungnahme der Verwaltung zu den Fragen aus den Beratungen der Arbeitskreise mit den Bürgermeistern und aus darüber hinaus gehenden Besprechungen

- Arbeitskreis zur Personal- und Strukturentwicklung
- Arbeitskreis Haushaltssicherungskonzept 2014 – Dezernat II
- Arbeitskreis Haushaltsplan 2014
- Weitere Besprechungen (4-1803/14-LR)

Stellungnahme der Verwaltung zu den Fragen aus den Beratungen der Arbeitskreise mit den Bürgermeistern und aus darüber hinaus gehenden Besprechungen

- Arbeitskreis zur Personal- und Strukturentwicklung
- Arbeitskreis Haushaltssicherungskonzept 2014 – Dezernat II
- Arbeitskreis Haushaltsplan 2014
- Weitere Besprechungen (4-1803/14-LR)

Die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses nehmen die Stellungnahme zur Kenntnis.

TOP 9

**Jahresabschluss 2012 - Rettungsdienst Eigenbetrieb Landkreis Teltow-Fläming -
Kenntnisnahme - (4-1680/13-III)**

Die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses nehmen den Jahresabschluss 2012 - Rettungsdienst Eigenbetrieb Landkreis Teltow-Fläming (4-1680/13-III) zur Kenntnis.

TOP 10

Ausübung Kaufoption für den Erwerb des Kreishauses

(4-1781/13-LR/1)

Frau Wehlan erläutert den Sachstand umfassend. Das 15. Mietjahr endet am 20.09.2014. Die Verwaltung wird im Vorfeld alles tun, eine positive Entscheidung des Ministeriums zu befördern. Diese Entscheidung des Ministeriums steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Haushaltssatzung und dem Haushaltssicherungskonzept. Bei Nichtgenehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes findet kein Erwerb des Kreishauses statt.

Frau Mnestek (Kämmerin der Stadt Luckenwalde) unterlegt sehr umfangreich die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten des Landkreises mit Zahlenmaterial. Sie unterstreicht, dass es hier um die grundsätzliche Zusage für eine Kreditgenehmigung geht bzw. diese in Aussicht zu stellen. Die Ausgestaltung des Kredites kann noch bis September 2014 diskutiert werden.

Herr Steinhausen kritisiert die 20jährige Laufzeit.

Herr Hohlfeld stellt klar, dass die Gesamtlaufzeit des Kreditvertrages (10 oder 20 Jahre) zu klären wäre. Weiterhin müsste die Landrätin beauftragt werden, ein Gutachten hinsichtlich der anfallenden Grunderwerbssteuer zu erstellen. Herr Hohlfeld bittet hierzu um den Antrag einer Fraktion bzw. der Abgeordneten.

Nach ausführlicher Diskussion schlagen die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses die generelle Ausübung der Kaufoption vor.

Herr Hohlfeld stellt die Vorlage 4-1781/13-LR/1 - wie vorgelegt mit einer 20jährigen Option - zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss bei 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung die Vorlage 4-1781/13-LR/1 zu beschließen.

TOP 11

Genehmigung des Abschlusses einer rechtsanwaltlichen Vergütungsvereinbarung

(4-1782/13-LR)

Herr Hohlfeld stellt die Vorlage 4-1782/13-LR zur Abstimmung.

Herr Hohlfeld stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nichtöffentlicher Teil

Luckenwalde, 11.02.2014

Hohfeld
Vorsitzender HFA

Schiemann
Protokollantin